

Direct abhellen  
im Stadt, Kreis-  
und Regiments-  
druckerei Nr. 2.00,  
Sonderdruck 2.40  
Inhaltlich der  
Beilage. Die  
Preisnummer des  
Blattes ist 108.  
Erscheinungswelle  
täglich, mit Aus-  
nahme der Sonn-  
- und Feiertage. n

Sezungspreis



Die monatliche Beil.  
über deren Raum  
20 Pfennig. Die  
Kleinanzeigen über  
deren Raum 4  
Pfennig. Die  
Wiederholungen  
unveränderlicher  
zeigen entsprechen  
der Rabatt. Bei  
geringeren An-  
zeigen ist der  
Rabatt unbillig

Verantwortl. 11.

# Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 252

Druck und Verlag in Altensteig.

Mittwoch, den 29. Oktober.

Wochenschrift für Pfalzgrafenweiler.

1919.

## Eine neue Erzählung!

In der heutigen Ausgabe unseres Blattes beginnen wir die hochinteressante Erzählung:

### Das Geheimnis von Katenhoop

von P. Hill

worauf wir unsere Leserinnen und Leser besonders aufmerksam machen.

Bestellungen auf unsere Zeitung für die Monate November und Dezember wollen sofort gemacht werden.

## Wann wird Friede?

Der Friedensvertrag wurde am 28. Juni unterzeichnet. Italien hat ihn am 7. Oktober ratifiziert, England am 10. und Frankreich am 14. Im Artikel 140 des Friedensvertrags heißt es: „Die Niederlegung der Ratifikationsurkunden soll sobald wie möglich in Paris erfolgen.“ — Mit anderen Worten, erfolgte Ratifikationen dürfen nicht zurückgehalten werden. Und weiter: „Ein echtes Protokoll über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden wird errichtet, sobald der Vertrag von Deutschland einerseits und von drei alliierten und assoziierten Hauptmächten andererseits ratifiziert ist. Mit der Errichtung dieses ersten Protokolls tritt der Vertrag . . . in Kraft.“ Daraus folgt, daß der Friedensvertrag bereits 14 Tage in Kraft wäre, wenn die Alliierten sich an seine Bestimmungen gehalten hätten.

In Frankreich ist nun am 24. Oktober das Gesetz verabschiedet worden, wonach die Feindseligkeiten ihr Ende erreicht haben, und der Friedenszustand effektiv geworden ist. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ glaubt schließen zu können, daß das sogenannte erste Protokoll errichtet worden ist, das nach den Schlussbestimmungen des Friedensvertrags den Zeitpunkt bestimmt, an dem der Friedensvertrag offiziell in Kraft tritt, so daß alle in diesem Friedensvertrag aufgeführten Pflichten von diesem Tage ab datiert würden.

Diese Auffassung ist offenbar falsch. Das französische Gesetz über die Beendigung der Feindseligkeiten hat lediglich eine Bedeutung für die Verhältnisse in Frankreich selbst, nicht aber für die internationalen Rechtsbeziehungen zwischen den Staaten. Es wäre auch ein Dohn sondergleichen, das „Ende der Feindseligkeiten“ zu verkünden, während die Düstere Blockade unvermindert in Kraft ist.

Dem „Hamb. Fremdenblatt“ wird aus Paris geschrieben, der Austausch der Ratifikationsurkunden zwischen Frankreich, England, Italien und Deutschland wird erst am 11. November, am Jahrestag des Waffenstillstands-Abchlusses, stattfinden, da sich immer deutlicher herausstellt, daß der Versailler Vertrag undurchführbar ist, solange Amerika seine Mitwirkung verweigert. Man hofft in Paris, daß der amerikanische Senat den Frieden bis zum 10. November ratifiziert haben wird. Gegenwärtig finden Verhandlungen darüber statt, daß Frankreich, England und Italien alle Vorbehalte anerkennen, unter denen der amerikanische Senat den Frieden annehmen bereit ist. An derartigen Vorbehalten beschloß der Senat bisher elf, wahrscheinlich werden noch zwei weitere zum Beschluß erhoben werden. Darunter befindet sich die Bestimmung, daß eine Kommission das Recht haben soll, die Handels-Abmachungen zwischen Amerika und Deutschland einzuschränken. Verpflichten sich Frankreich, England und Italien, diesem und anderen Senatsbeschlüssen zuzustimmen, so steht der Friedensratifikation durch Amerika nichts mehr im Wege. Es scheint Aussicht dafür vorhanden, daß die Einigung auf dieser Grundlage zustandekommt, der auch Wilson zustimmen wird.

## Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 27. Okt.

Bisher hat man von den Reichsministern in der Nationalversammlung nur sehr ernste, mitunter trostlose Darstellungen über die Lage im Reich erhalten. Zur Abwechslung war die Programmrede des Reichswirtschaftsministers heute auf einen freundlicheren Ton gestimmt. Er glaubte feststellen zu können, daß es vorwärts geht. Die Versorgung mit Lebensmitteln sei wenigstens nicht weiter eingeschränkt worden und das Brot habe man verbessern können. Fische sind im Land und Petroleum ist in Aussicht. Allerdings sind, um dies zu erreichen, die 1 1/2 Milliarden für die Entlastung der Lebensmittel bereits draufgegangen. Zum Glück sind zwei weitere Milliarden bewilligt. Jedenfalls sind wir mit Brotgetreide bis Anfang Januar schon fast versehen, und wenn die Kohlennot nicht gar zu arg wird und die Eisenbahnen nicht versagen, so wird der Vorrat sich bald weiter vermehren, wenn der Bauer seine dringenden Herbstarbeiten hinter sich hat. Von einer Vermehrung des Schweinebestands will der Minister nichts wissen und lieber auf das Fett verzichten, als die Kartoffeln riskieren. Aus Holland und Polen bekommen wir ja Kartoffeln, aber sie sind sehr teuer und andererseits müssen dafür viel Kohlen geliefert werden, die wir doch selber so notwendig brauchen. Die Einfuhr — d. h. wohl die „legitime“ — beträgt bis jetzt nur ein Fünftel der Einfuhr vor dem Kriege, sie kostet aber wegen der Devisen das Doppelte. Die Ausfuhr aus Deutschland beläuft sich auf ein Sechstel der früheren, der Wert ist nominell etwa gleich. Der Minister kündete Maßnahmen gegen den Wucher an. Ueber das „Loch am Rhein“ schweben Verhandlungen. Der Abg. Braune (Ztr.) bedauerte, daß die Landwirtschaft in der Regierung nicht entsprechend vertreten sei. Er betonte die Notwendigkeit, die Inlandspreise den Weltmarktpreisen anzupassen, sonst werden wir nicht zu geordneten Verhältnissen kommen. Abg. Herrmann (Dem.) verlangte ausländischen Kredit, um die Rohstoffeinfuhr zu ermöglichen, sowie eine folgerichtige Mittelhandelspolitik. Auch Abg. Dr. Köpcke (Deutschn.) verwies auf den verhängnisvollen Unterschied zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen. Die Landwirtschaft werde durch die künstlich herabgedrückten Preise eben genötigt sein, die intensive Wirtschaft (Getreidebau) fahren zu lassen und zur extensiven (Viehzucht und Weidewirtschaft) überzugehen. Die Zwangswirtschaft müsse daher ebenfalls aufgehoben werden.

### Das Haus ist schwach besetzt. 2. Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Minister Schmidt: In unserem Wirtschaftsleben sind Ansätze zur Besserung vorhanden. In der Ernährungsfrage haben wir von Beschränkungen Abstand nehmen können. Das Brot ist besser geworden. Die Landwirte können mehr Getreide zurückhalten. Eine Vermehrung der Schweineaufzucht würde unsere mäßige Kartoffelernte gefährden. Auf dem Gebiet der Viehhalterung habe ich Bedenken gegen die scharfen Maßnahmen. Wir werden versuchen müssen, in ausländischem Fleisch Ersatz zu finden. Hemmnisse in der Kartoffelbelieferung liegen neben der schlechten Ernte in den Transportverhältnissen. Holland und Polen werden uns liefern. Es müssen Kosten für die Margarinefabrikation bereitgestellt werden, so daß die Rationen beibehalten werden können. Wir müssen den wilden Handel in Lebensmitteln durch zentralen Einkauf vom Ausland einschränken lassen. Die 1 1/2 Milliarden zur Preislenkung sind bereits verbraucht. Für den kommenden Winter haben wir Getreide fest in der Hand bis Ende des Jahres, vielleicht bis Anfang Januar. Die Gemüservsorgung ist noch befriedigend, wenn auch teuer. Mit norwegischen Vorräten ist der Markt reichlich gedeckt. Eine Petroleumverteilung ist in Aussicht. Im allgemeinen ist die Versorgung erheblich besser geworden. Durch Steigerung der Ausfuhr und der sich dadurch bessernden Devisen werden wir noch größere Einkäufe betätigen können. Amerika und Norwegen haben uns Lebensmittel gespendet. Ihnen sei herzlich Dank gesagt. Handel und Industrie geben ein anderes Bild. Die Einfuhr beträgt zur Zeit ein Fünftel der Friedenseinfuhr und kostet 100 Prozent mehr. Die Rohstoffeinfuhr läßt sich nach Möglichkeit zu begünstigen. Staatliche Unterstützung wird nötig sein, ebenso peinliche Berücksichtigung des Standpunktes der Konsumenten. Eine Vorlage wird dem Hause zugehen wegen eines schnellen Verfahrens gegen den Wucher. Die Frage, das Loch im Westen zu stopfen, wird durch genaueste Kontrolle geregelt werden. Die Arbeiterwohnungsfrage wird durch Baradenbau vorläufig zu lösen versucht. Die Bergarbeitergenossenschaften sollen in dem Wohnungsbau auf siedlerischer Grundlage durch Mitbestimmungsrecht beteiligt werden. Die Hauptfrage bleibt, daß wir unserer Industrie Stoffe geben können. Daher wird die Regierung allen politischen Streiks der Bergarbeiter stark ablehnend gegenüberstehen. Das Ausland bewundert die Energie unserer Industrie. Wenn uns aber die Entente nicht genügend Stoffe läßt, um unsere Industrie zu versorgen, dann können wir nicht zahlen. Führt Frankreich in nervöser Hast in unseren Aufbau hinein, so schädigt es auch sich selbst. So gereicht auch die Offizierpersone nicht bloß uns zum Schaden, sondern löst Haß und Erbitterung aus.

Abg. Hoch (S.): Wir warnen, daß es im Innern nicht wieder zu einer Ausbeutung des Volks durch wenige Begünstigte kommt. Bei Abbau der Zwangswirtschaft tritt überall eine Preissteigerung zu Tage, die uns zugrunde richtet. Von den Agrariern wird direkt zu aktivem Widerstand gegen die Regierung geholt. Wir werden die schwere Zeit nur dann überwinden können, wenn die Regierung mit harter Hand die Widerstände beseitigt.

Abg. Dr. Brauns (Z.): Die Regierung muß praktische Wirtschaftspolitik treiben und sich dabei in drei Gruppen gliedern: Landwirtschaft, Gewerbe und Handel. Die Vorsteher dieser drei Abteilungen müssen Fachmänner, einander gleichberechtigt sein und den nötigen Einfluß auf die gesamte Politik besitzen. Die Landwirtschaft ist zur Zeit in der Regierung nicht genügend vertreten. Für Handwerk und Kleinhandel müssen besondere Abteilungen geschaffen werden. Die statistischen Aufgaben und ähnliches könnte den Universitäten überlassen bleiben. Die volkswirtschaftliche Abteilung könnte eingeschränkt werden. Die Zwangswirtschaft muß abgebaut werden, wo sie unwirksam ist, wie bei der Landwirtschaft. Der Übergang zur extensiven Wirtschaft schädigt die Allgemeinheit. Es bleibt nur ein Weg übrig, eine beträchtliche Erhöhung der Preise, was natürlich wieder eine Erhöhung der Löhne zur Folge haben muß. Diese Preiserhöhung ist besonders nötig, um die Ware im Inland zu behalten. Eine derartige Politik erziehen wir auch für die Industrie. Alle Braunkohleneviere müssen erschlossen werden. Wo anständig, muß Altarbeit eingeführt werden, sonst Stillearbeit mit Beamten für besondere Leistungen.

Abg. Hermann-Reutlingen (D.D.P.): Amerika fürchtet die Konkurrenz Deutschlands wegen des hohen Standes des Dollars. Hoffentlich gelingt es uns bald, unsere Wirtschaft durch Valutaanleihen zu stützen. In der Rohstoffeinfuhr muß volle Freiheit herrschen, außer in Luxusartikeln. Wir wünschen eine zielbewusste Mittelhandelspolitik.

Abg. Dr. Köpcke (D.nat. Vp.): Nur ein Ausgleich der Preise kann uns helfen. Alles muß geschehen, um dem Handwerker wieder auf die Beine zu helfen. Die Sonntagsruhe in den kleineren Städten muß im Interesse der Landwirtschaft beschränkt werden. Eine große Erbitterung wird bei den Landwirten dadurch geschaffen, daß die Kontrolle der Ablieferung unachgemäß erfolgt. Die Landwirtschaft ist außerdem zurückgegangen. Der Anbau kann nicht zwangsweise betrieben werden. Wenn sich die Verhältnisse nicht ändern, sind wir gezwungen, immer mehr von dem intensiven Betrieb abzugehen und den extensiven Betrieb einzuführen. Die Zwangswirtschaft muß aufgehoben werden.

Die weltlichen Abgeordneten sämtlicher Parteien der Nationalversammlung haben folgenden Antrag eingebracht: die Regierung zu ersuchen, einen Besetzungsurf vorzulegen, durch welchen die Reglementierung der Produktion aufgehoben und die Sittenpolizei durch Organe der Gesundheitspflege und Polizei ersetzt wird.



# Neues vom Tage.

## Der Untersuchungsausschuss.

Berlin, 28. Okt. Zur Widerlegung der Behauptungen des Vorkämpfers Grafen Bernstorff hat General Ludendorff beim Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung von sich aus eine Vernehmung beantragt. — Generalfeldmarschall v. Hindenburg wird voraussichtlich am Freitag der Vernehmung des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg durch den Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung beiwohnen.

## Scheich gegen Ludendorff.

Berlin, 28. Okt. In einer Zuschrift an die „Deutsche Zeitung“ erklärt der frühere Kriegsminister Scheich, daß er den Vorsitz im Deutschen Offiziersbund niederlege, um diesen nicht mit in die Kämpfe hineinzuziehen, die er mit General Ludendorff wegen einer Stelle in dessen Buch „Meine Kriegserinnerungen“ führen müsse. Ludendorff schreibt darin mit Bezug auf eine Besprechung, die am 23. Oktober 1918 beim Bizekanzler von Payer stattfand: „Auch der Kriegsminister war zugegen, der sich im Reichstag und innerhalb der Regierung nicht vor den Kaiser und das Heer gestellt hatte; andernfalls hätte er sein Amt niederlegen müssen.“ Generallieutenant Scheich betrachtet diesen Satz als eine Beleidigung; er sei gezwungen, sich mit einer Rechtfertigung an die Öffentlichkeit zu wenden, da seine bisherigen Schritte bei Ludendorff, um eine Genugtuung zu erhalten, vergeblich geblieben seien.

## Die Opfer des Fliegerkorps.

Berlin, 28. Okt. Dem Gedächtnis der gefallenen Flieger widmet der Major und Inspektor der Fliegertruppe Hähnelt im „Berliner Lokalanzeiger“ warme Worte. Er sagt: Heute (27. Okt.) jährt sich der Todestag Lillies. Es soll ein Gedenktag sein nicht nur dieses Vorkämpfers in schweren Ringen in den Läten für Deutschland, sondern es muß ein Tag werden, an dem die Fliegertruppe mit dem deutschen Vaterland aller der Männer in treuer Dankbarkeit gedenkt, die ihr Leben liehen in heftiger Begeisterung selbstloser Hingabe. In der Fliegertruppe starben für ihr Vaterland im Feld 2867 Offiziere und 3047 Unteroffiziere und Mannschaften, in der Heimat 584 Offiziere und 1378 Unteroffiziere und Mannschaften.

## Arbeitsgemeinschaft des Bürgertums.

Berlin, 28. Okt. In Braunschweig wurde beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft des erwerbstätigen Bürgertums ins Leben zu rufen.

## Aus dem besetzten Gebiet.

Birtenfeld, 28. Okt. Bei der vorgestrigen Wahl zur Landesversammlung erhielten die durch Wahlvorschlagn vereinigten Parteien (Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Bauernbund, Reichssozialisten) zusammen 13004 Stimmen, die Liste der Regierungspartei (franzosenfreundliche Republikaner) 1822 Stimmen, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 47 Stimmen. Auf die Vereinigten Parteien entfielen somit 23, auf die Regierungspartei nur 2 Sitze in der Landesvertretung. Die republikanische Regierung hat somit eine vernichtende Niederlage erlitten.

## Belgien verlangt 1153 Auslieferungen.

Brüssel, 27. Okt. (Havas-Reuters.) „Independance Belge“ teilt mit, daß der Ministerrat eine 1153 Namen enthaltende Liste von deutschen Zivil- und Militärpersonen gut geheißen hat, deren Auslieferung verlangt werden soll. Die Liste wird nach Paris geschickt werden.

## Leserfrucht.

Etwas wagen muß das Herz und früh auf sein, wenn es leben will. Gottfr. Keller.

# Das Geheimnis von Katenhoop.

Roman von H. Hill

(Anfang). (Nachdruck verboten).

## 1. Kapitel.

Der Staatsanwalt, ein noch jugendlicher, schneidig und feiner Mann mit sorgfältig gepflegtem Schnurrbart und einem markantesten „Schmuck“ auf der Wangen, lehnte sich zu dem Schlichter seines Mandats gelangend, mit erhobener Stimme den Versprochenen zu: „Von der Bewilligung mildernden Umstände für den Angeklagten kann nach meinem Dafürhalten nicht die Rede sein. Das er nicht weicht hat zu leugnen, daß ihm nicht als Verdienst angerechnet werden, denn angesichts der Tatsache, daß er auf frischer Tat ertappt wurde und daß man außer dem gefälschten Hundertmarkschein, den er verdingt hatte, noch eine ganze Anzahl weiterer Fälschungen bei ihm vorfand, blieb ihm kaum etwas anderes übrig als ein Geständnis. Und er hätte sich der Milde seiner Richter höchstens dadurch empfehlen können, daß er ihnen rückhaltlos die Namen seiner Komplizen offenbarte. Aber die Bemühungen des Untersuchungsrichters, ihn dazu zu bewegen, sind ebenso fruchtlos geblieben, wie die wahrheitsvollen Ermahnungen des Herrn Präsidenten in der heutigen Hauptversammlung. Der Angeklagte hat vielmehr die Dreistigkeit gehabt, sich auf eine Konfession zu berufen, durch die ihm angeblich Schwören auferlegt werde, und er hat uns glauben machen wollen, daß ihm die eigentlichen Verfertiger der Fälschungen unbekannt seien. Damit hat er eine Verächtlichkeit und Verlogenheit bewiesen, die eine nachdrückliche Bestrafung nach der ganzen Schwere des Befehles vollst. rechtfertigen. Und im Namen des Gemeinwells, daß durch gefälschte Individuen vom Schlage des Angeklagten auf das Größte bedroht wird, richte ich an Sie, meine Herren Geschworenen, die heimgewaltigste Strafe zu verurteilen.“

## 35 Milliarden Schiffschäden.

London, 28. Okt. Die „Times“ meldet aus Paris: Die Wiedergutmachungskommission hat die durch die Kriegsführung angerichteten Schäden am Welthandels-schiffraum auf 35 Milliarden Franken angeätzt.

## Ausnahmestand.

Kassel, 28. Okt. Mit Wirkung vom 27. Oktober 12 Uhr mittags hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in den Bezirken Kreis Schleusingen, Landkreis Ohrdruf, Stadt Jella-Neheis den Ausnahmestand verhängt. Die Gründe dafür sind Wasserdiebstähle, Gewalttätigkeiten usw. Truppen sind an Ort und Stelle eingetroffen.

## Direktor Moschel.

Berlin, 28. Okt. In der Nationalversammlung hatte bei der Besprechung der Balkenfrage der Abg. Coehn (U.S.P.) behauptet, die „russische Regierung“ (Oberst Kwalow) habe mit der Berliner Filiale der New Yorker Bank Morgan durch Vermittlung des „Direktors Moschel“ eine Anleihe von 300 Mill. Mark abgeschlossen. Die Behauptung wurde sofort als unwahr nachgewiesen, da die Urkunden des angeblichen Moschel als Fälschung erkannt wurden. Der Moschel war nicht aufzufinden. Gestern mittag nun gelang es, den „Direktor Moschel“ zu verhaften. Er entpuppte sich als einer der vielen Agenten der russischen Volkswirtschaft, der den Schwindel mit den Anleihen zu Peggweden verbreitet hatte.

## Der Streik in Amerika.

Washington, 28. Okt. Im Senat ist ein Gesetzentwurf eingegangen, der den Eisenbahnern den Streik verbietet. Die Eisenbahner wollen sofort streiken, wenn das Gesetz angenommen wird. — Unter den Arbeiterführern haben die Radikalen die Oberhand gewonnen.

## Verfahren wegen Aufruhrs.

Frankfurt a. M., 28. Okt. Die Staatsanwaltschaft hat gegen die Führer des Eisenbahnstreiks im Sommer 1919 von allen Stationen von Frankfurt bis Gießen das Verfahren wegen Aufruhrs eingeleitet. Die Schwurgerichtsverhandlung soll in Gießen stattfinden.

## Die luxemburgische Kammer.

Luxemburg, 28. Okt. (Havas-Reuters.) Nach dem Wahlergebnis in den hauptstädtlichen Gemeinden wird die neue Kammer sich zusammensetzen aus 22 Katholiken, 13 Sozialisten, 7 Radikalen, 4 Mitgliedern der Nationalen Unabhängigkeitspartei und zwei Mitgliedern der Unabhängigen Volkspartei.

## 50 Jahre Schuldendienst.

Paris, 28. Okt. Clemenceau erklärte im Senatsauschuss, es werde Deutschland bei seinen reichen Hilfsquellen und seiner Arbeitsfreudigkeit möglich sein, bei gutem Willen alle Forderungen der Verbündeten in 50 Jahren abzutragen.

Die Entenkommission verlangt die Auslieferung von 14 Schiffen, die in Deutschland noch im Bau sind.

## Der Krieg im Osten.

Berlin, 28. Okt. Die „Z. Allg. Zig.“ meldet, die Lage der Bolschewiken habe sich wieder gefestigt.

Amsterdam, 28. Okt. Der „Times“ wird aus Helsinki vom 26. Okt. gemeldet: An der Front wütet von nördlich Krasnojelo über Jarosloje Selo und Sschora bis nach Ljino, 5 Meilen südlich des Kreuzungspunktes Tosno der Nikolajew-Eisenbahn, eine heftige Feldschlacht. Ljino wurde von Weißen Truppen genommen. Jüdenisch hat unter dem Mangel an Transportmitteln zu leiden.

Reval, 28. Okt. (Havas.) Das große Hauptquartier Denikins meldet am 22. Okt. eine Entwicklung

denk, die angeblich nicht unpopuläre Persönlichkeiten dieses Mannes, noch durch die in der Verhandlung zur Sprache gekommenen anderen Umstände zu reinen Gunsten beeinflussen zu lassen, sondern ihn des vollendeten wie des versuchten Münzbetruges schuldig zu sprechen und ihm mildernde Umstände zu verweigern.

Mit einem Blick nach der Anklagebank hin, der die ganze Größe seiner Verachtung für den Verbrecher kundtun sollte, hatte sich der öffentliche Ankläger gesetzt und ließ nun in der behaglichen Gemächlichkeit seines Erfolges den blonden Schnurrbart durch die Finger gleiten. Durch den Gerichtssaal ging eine leichte Bewegung, und wieder, wie schon so oft während dieser Verhandlung, wandten sich aller Augen dem Manne zu, den der Herr Staatsanwalt soeben als ein angeblich schlechtes Subjekt und als einen gefährlichen Feind der menschlichen Gesellschaft gekennzeichnet hatte.

Man würde ihn seiner äußeren Erscheinung nach kaum dafür gehalten haben. Denn er machte in diesem Augenblick viel eher den Eindruck eines mittelwärtigen Unglücklichen, als den eines hartgeleiteten Verbrechers. Sein Haarschneid, verhärtetes Gesicht trug ebenso unerkennbar den Stempel der Unbilligkeit wie den des körperlichen oder seelischen Leidens. Ein schmerzlicher Zug hatte sich an seinen Mundwinkeln eingegeben. Und wie er jetzt todmüde den trübselig erwarteten Kopf in die magere Hand stützte, bot er den Anblick eines innerlich gebrochenen Menschen, der sich ohne Wunsch und Hoffnung in sein Schicksal ergibt.

Er blinzelte nicht auf, und als sein Verteidiger mit leiser Stimme eine Frage an ihn richtete, schüttelte er verniehnend den Kopf. Der Rechtsanwalt blätterte darauf noch eine Minute lang in seinen Akten, um sich auf die Erklärung des Präsidenten:

„Das Wort hat der Herr Verteidiger!“ mit wiederholtem Rümpfen zu erheben.

„Meine Herren Geschworenen!“ wandte er sich der Jury zu. „Das freimütige Geständnis des Angeklagten macht mir meine Aufgabe verhältnismäßig leicht. Ich binne mit dem Herrn Staatsanwalt darin überein, daß Sie meinen Klienten des vollendeten und des versuchten Münzbetruges schuldig sprechen müssen. Denn er ist in dem Augenblick verhaftet worden, als er nach Herausgabe eines solchen Hundertmarkscheins einen zweiten an den Mann zu bringen suchte, und er hat keinen Moment in Abrede gestellt, von der Natur dieser Fälschungen Kenntnis gehabt zu haben. Er ist sich be-

der Offensive auf der ganzen Front in der Richtung auf Kamyschin, die Vernichtung starker feindlicher Kräfte und die Erbeutung zahlreicher Gefangener. In der Richtung auf Briansk hat Denikin 2 bolschewistische Regimenter aufgerieben. In der Gegend von Kiow sind Kämpfe nördlich von Tschernikow im Gange. In der Gegend von Mohilow dauert der Angriff an. Der Generalstab Beljuras hat die Flucht ergriffen.

## Die Engländer im litauischen Meer.

London, 28. Okt. Die „Times“ meldet, daß der englische Generalmajor Crozier in den Generalstab des litauischen Heeres eingetreten sei. Verschiedene andere höhere englische Offiziere haben Kommandostellen bei den Litauern übernommen. (Die Nachricht der „D. Tagesztg.“, daß die Litauer jüngst bei ihrem Angriff auf die deutschen Truppen unter General v. Eberhardt von englischen Offizieren beschützt worden seien, wird dadurch wohl bestätigt.)

## Keine Preisgabe von Fiume.

Mailand, 28. Okt. Die Blätter melden aus Fiume, die Stadt habe für neun Monate Lebensmittel. Die Preisgabe Fiumes würde in Italien eine Revolution hervorrufen. Fiume bleibe italienisch.

## Weder Ratifizierung noch Völkerbund?

Amsterdam, 28. Okt. „Times“ meldet aus Washington, daß zum ersten Mal seit Beginn der Senatsdebatten ernstlich von der Möglichkeit gesprochen wird, daß Amerika weder ratifizieren, noch dem Völkerbund beitreten würde. Der oppositionelle Senator Neer hat den neuen Vorkämpfer vorgeschlagen, daß Amerika sich zu bestimmen habe, welche Fragen seine Ehre und seine Lebensinteressen berühren. „New York World“ bemerkt, daß die Annahme eines derartigen Artikels die deutsche Diplomatie aus der Zeit vor dem Kriege rechtfertigen würde. Die Freunde Wilsons wollten lieber den Friedensvertrag ganz und gar verwerfen, als eine derartige Abänderung anzunehmen. Der Korrespondent der „Times“ glaubt, daß der Kampf um den Völkerbund jetzt erst ernstlich beginnt.

## Solmar, 28. Okt.

In der ersten Generalversammlung der elsaß-lothringischen Rechtsanwältinnen wurden folgende Forderungen aufgestellt: 1. Anwendung der deutschen Sprache vor dem Amtsgericht neben der französischen. 2. Anwendung der deutschen Sprache in Straf-sachen während des ganzen Verfahrens, wenn der Angeklagte erklärt, nicht französisch zu verstehen. 3. Aufhebung der Verordnung, monach Verurteilungen, die nicht französisch können, von der Geschworenenliste zu streichen sind. 4. Genügende Uebersetzung für die Einführung der französischen Gesetze, wobei die Einrichtungen des lokalen Rechts beibehalten werden sollen.

## Nationalratswahlen in der Schweiz.

Bern, 28. Okt. Bei den Nationalratswahlen haben die Sozialdemokraten 45 Sitze erhalten (bisher 19), fast alle auf Kosten der freisinnig-demokratischen Partei. Die Katholiken haben ihren Besitzstand behauptet. Die neugegründete Bauernpartei hat bis jetzt 10 Sitze.

## Zürich, 28. Okt.

Bei den Ständeratswahlen in Zürich und Basel sind die Sozialisten unterlegen.

## Heberstudien auf den Rheinfahrzeugen zur Binde-rung der Kohlennot.

Quisburg, 28. Okt. In der am Montag in Mannheim stattgehabten Versammlung der Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterbundes, Abteilung der Rheinfahrt und Flößer des Rheins und seiner Nebenflüsse, Sitz Duisburg, wurde beschlossen, zur Binderung der Kohlennot in Süddeutschland auf den Rheinfahrzeugen jeden Tag zwei 11 Stunden zu fahren. Außerdem will man an den freien Sonntagen im November arbeiten.

wußt, schwer gegen das Gesetz gefehlt zu haben, und er glich sich keiner Täuschung darüber hin, daß ihn eine schwere Strafe erwartete. Weiter aber als bis zu diesem Punkte geht meine Ueberzeugung mit dem Herrn Staatsanwalt nicht. — Ich muß vielmehr den entschiedensten Widerspruch erheben gegen alles, was Ihnen soeben zur Charakteristik des Angeklagten gesagt worden ist. Niemand, der dieser Verhandlung mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, kann den Eindruck gewonnen haben, daß es sich bei meinem Klienten um eine sogenannte Verbrechernatur handelt, die auf möglichst lange Zeit unschuldig gemacht werden müsse. Es ist uns vielmehr durch eine Anzahl einwandfreier Zeugen bestätigt worden, daß Burkhardt bis zu dem unglückseligen Tage, der ihn mit dem Strafgesetz in Konflikt brachte, ein musterhaft ordentliches Leben geführt hat und daß er rechtlichsehr bemüht gewesen ist, sich auf anständige Weise durchs Leben zu schlagen. Aber er wurde hartnäckig vom Unglück verfolgt. Das andauernde Stichtum seiner von schwerer Krankheit heimgejudeten Frau legte ihm fortgesetzt Opfer auf, die selbst in guten Zeiten seine Kräfte fast überstiegen. Und als er dann ebendort durch eigene Krankheit Monate hindurch an reglosem Verweh gehindert war, als seine geringen Ersparnisse aufgebraucht und seine Hilfsquellen verfliegt waren, da mußte die bittere Not, die ihren Einzug in sein dürftiges Heim gehalten, ihn wohl an den Rand der Verzweiflung bringen. Er hat uns vorhin in glaubhafter Weise erzählt, daß er nach zahllosen vergeblichen Versuchen, eine rechtliche Beschäftigung zu finden, in einer dunklen Stunde nach schweren Kämpfen der Versuchung unterlegen sei, die in Gestalt eines verbrecherischen Anerbietens an ihn herantrat. Er übernahm es, eine Anzahl ihm abwegiger Rassenjüden in den Verkehr zu bringen, obwohl er wußte, daß es sich um Fälschungen handle. Wir haben nach dem ganzen Vorleben des Mannes keine Ursache, an der Wahrheits seiner Versicherung zu zweifeln, daß es sich dabei für ihn nicht einmal um einen erheblichen Gewinn, sondern gewissermaßen nur um die Gegenleistung für eine ihm gewöhnliche geringfügige Unternehmung handelte, die eben hingereicht hatte, ihn und sein krankes Weib für den Augenblick vor dem Tode des Verhungerns zu schützen. Und nicht minder glaubhaft als diese Angabe ist für mich die Beteuerung Burkhardts, daß er fest entschlossen war, es bei dieser einen sträflichen Handlung bewenden zu lassen. — Meine Herren Geschworenen! Ich erinnere Sie daran, daß eine Entdeckung des Angeklagten



**Amthches.**

**Oberamtliche Bekanntmachung betreffend Wein.**

Die Ortsvorsteher werden aufgefordert, die Bekanntmachung des Ernährungsausschusses über Wein vom 6. Okt. 1919 (Staatsanz Nr. 290) den beteiligten Kreisen unter schriftlich zu eröffnen und insbesondere die Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften oder Betrieben, welche Wein im Kleinverkauf abgeben, auf die sofortige Bekanntgabe der Verkaufspreise, auch alter Weine, mit Benennung des Verkaufsorts und -Orts, sowie des Jahrgangs durch leicht sichtbaren Anschlag im Verkaufsort hinzuweisen. Die Schankwirtschaften haben für eine sorgfältige Einhaltung der Vorschriften, insbesondere der Beschriftungs- und Preisvorschriften, Sorge zu tragen und Vollzugsanmeldung über die sofortige Anbringung des erwähnten Anschlags bis zum 10. Nov. d. J. zu erstatten.

Gold, den 28. Okt. 1919. Oberamt: Münz.

**Landesnachrichten.**

Altensteig, 29. Oktober 1919

**Feuerungszusätze.** Schaffen und Gesporene erhalten nach neuester Reichsverordnung bis auf weiteres Feuerungszusätze zu den Tagelöhnen und Reiseflohen, und zwar in zwei Art, daß die ihnen nach der B. O. vom 2. August 1913 zustehenden Vergütungen vom 1. Oktober 1919 ab auf das Doppelte erhöht werden.

**Landesverband für Volkshilfsstätten und Bodenreform.** Der Landesverband für Kriegerehrentstätten und der Landesverband für Kriegsheimstätten des Bundes Deutscher Bodenreformer haben unter dem Namen „Landesverband für Volkshilfsstätten und Bodenreform“ ihre Verschmelzung beschlossen.

**Im Reichswehrhaushalt** werden u. a. für die Erweiterung der Militärkuranstalt in Ulm 420 000 Mark und für den Neubau einer solchen Anstalt in Wiltsbad 138 000 Mark angefordert.

**Erlassung der Erbschaften.** Zum Erbschaftssteuergejet sind mit Zustimmung des Reichsrats umfangreiche Ausführungsbestimmungen erlassen worden. Die Standesämter haben die Sterbefälle den Finanzämtern mitzuteilen, und zwar monatlich durch Totenlisten. Auch die diplomatischen Vertreter und Konsule des Reichs sind zu dieser Mitteilung verpflichtet. Bei Todeserklärungen tritt das Urteil an die Stelle der Totenlisten. Berichte und Notare müssen dem zuständigen Finanzamt beglaubigte Abschriften der von ihnen erteilten Verfügungen von Todeswegen alsbald einreichen. Bedarf ein Erwerb von Todes wegen der Genehmigung einer Behörde, so hat diese die Genehmigung zu erteilen. Näher geregelt wird ferner die Ermittlung und Erhebung der Schenkungssteuer, die Führung der Akten und Bücher usw. Umfangreiche Vorbereitungen sind in der üblichen Weise für alle Einzelheiten vorgehen.

**Ein- und Frachttüdgüter** werden auf den württ. Staatsbahnen vom 30. Oktober bis 1. November nicht angenommen mit Ausnahme von Lebensmittel, Getreide und Viehfutter.

**Nichtpreise für Saatkartoffeln.** Der Preis für Saatkartoffeln setzt sich zusammen aus dem jeweils geltenden Höchstpreis für Speisekartoffeln und aus einem Zuschlag je nach der Art 2,25 bis 5,25 Mark für den Zentner. Für Saatkartoffeln aus Feldbeständen, die von der Saatkartoffelanstalt in Hohenheim anerkannt wurden, erhöht sich diese Zuschläge um 1,50 bis 3,50 Mk. Bei der Frühjahrslieferung von Saatkartoffeln erhöht sich der Preis um 1,50 Mark für den Zentner. Originalschätzungen unterliegen den Nichtpreisen nicht.

Demütlich überdauert nicht erfolgt wäre, wenn er sich nicht bei der Verurteilung des ersten Falles durch sein schmerzhaftes und angeständenes Verbrechen selbst verurteilt gemacht hätte. Der geschädigte Geschäftsmann war lediglich dadurch argwöhnisch geworden und zur nächsten Bank gelassen, um den eingewechselten Schein auf seine Echtheit prüfen zu lassen. Da stellte sich denn heraus, daß man eine sehr geschickte Nachahmung vor sich habe, die nur durch ein genaues Versehen des Bankiers als solche zu erkennen war. Und der Zufall oder vielmehr die Ungeschicklichkeit meines Klienten fügte es, daß ihn der betrogene Kaufmann auf dem Rückwege in sein Geschäftslokal einen anderen Laden der nämlichen Straße betreten sah. Er holte einen Schugmann und bewirkte seine Verhaftung, bevor er das zweite der in seinem Besitz befindlichen zwanzig Falsifikate hatte verausgaben können. Nun frage ich Sie, meine Herren Geschworenen, ob dies die Handlungsweise eines geschickten Verbrechers und eines Menschen ist, der sich mit dem Vorhaben trägt, fortan vom Verbrechen zu leben. — Der Herr Staatsanwalt hat dem Angeklagten eine besonders schweren Vorwurf daraus gemacht, daß er die Namen seiner Komplizen nicht genannt und namentlich keinerlei Angaben über die Personen der Falscher gemacht hat. Warum aber sollen wir ihm nicht glauben, wenn er uns hoch und heilig versichert, diese Personen selbst nicht zu kennen? — Er hat die Kassenheine von einem Manne erhalten, der ihm nach seiner Erzählung schon einmal in schwerer Bedrängnis selbstlos beigegeben und dem er darum in seinem Herzen ewige Dankbarkeit gelobt hatte. Und um dieser Dankeschuld will er weigert er sich jetzt, seinen Namen zu nennen. Er tut es auf die Gefahr hin, seine Lage dadurch erheblich zu verschlimmern, und schon aus diesem Grund sollte man, nicht an der Wahrheit seiner Angaben zweifeln. Daß er aber außer jenem Verführer keine ihm den Namen oder Person nach bekannte Komplizen gehabt hat, scheint mir außer allem Zweifel. Die täuschende Geschicklichkeit der Nachahmung läßt es als sicher erscheinen, daß wir es nicht mit einem einzelnen Falscher, sondern mit einer ganzen Bande von Münzverbrechern zu tun haben, die mit den vorzüglichsten Kräften und Einrichtungen arbeiten und ihr Geschäft sorgfältig im großen betreiben. Solche Leute aber geben sich erfahrungsmäßig nicht leicht in die Hände eines so unsicheren Kontonisten, wie es mein Klient in Ihren Augen sein mußte. Auch bei früheren Falscherprozessen hat sich herausgestellt, daß die mit der Verurteilung der Falsifikate beauftragten Personen keine Ahnung von der Person ihrer eigentlichen Auftraggeber hatten, sondern durch schwer greifbare Mittelsmänner gewonnen

**Neuenbürg, 28. Okt.** (Der beklagte Hochzeitsbraten.) Eine unangenehme Ueberraschung erlebte im nahen Salmbach vorgestern Sonntag ein Hochzeitspaar und seine Gäste. Während sie in der Kirche waren, beschlagnahmte die Polizei ein schönes Schwein, das der Wirt, bei dem die Feier stattfanden sollte, sorgfältig geschlachtet hatte. Doch war die hohe Obrigkeit so anständig, den Hochzeitsgästen einen allerdings unerwartet kleinen Teil Fleisch zur Feier des Tages zu lassen.

**Söramberg, 28. Okt.** (Guten Appetit.) In einem benachbarten Ort sollte die am Abend vorher verendete Kuh eines Bauern in die Tiermahlfabrik Horb überführt werden. Als aber der Kadaver abgeholt werden sollte, war die Hälfte der Kuh verschwunden. Sie war gefressen worden.

**Stuttgart, 28. Okt.** (Unsere Reichswehr.) Unter den Reichswehrruppen, die zur Wiederherstellung der Ordnung im thüringischen Aufstandsgebiet zusammengezogen wurden, befinden sich auch Teile der Württ. Reichswehrrückabde.

**Stuttgart, 28. Okt.** (Kohlenlieferung.) Der Reichskohlenkommissar hat mitgeteilt, daß dem Stuttgarter Gas- und Elektrizitätswerk eine besondere Kohlenlieferung zugesagt sei, sobald die Betriebe wenigstens ohne gar so starke Einschränkung wie in den letzten Tagen arbeiten können.

**Stuttgart, 28. Okt.** (Großer Diebstahl.) Am Samstag in den Abendstunden hat der Sohn eines hiesigen Juweliers gemeinschaftlich mit einem anderen die Geschäfte Räume seines Vaters erbrochen und Gold- und Silberwaren im Wert von 60 000 bis 80 000 Mk. gestohlen. Für die Wiederbeibringung des gestohlenen Guts ist eine Belohnung von 5 Prozent des Werts ausgesetzt.

**Stuttgart, 28. Okt.** (Jugendlicher Brandstifter.) Der 17 Jahre alte Hilfsarbeiter Ferdinand Bauer von Marbach zündete, weil er keine Feuerungszulage erhielt, in Ludwigsburg eine Kartonagenfabrik an und verübte bei den Vöscharbeiten Diebstahl. Es entstand ein Brandschaden von 140 000 Mark. Aus Rache legte er noch in 2 Privathäusern Feuer. Bauer wurde zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

**Waldenburg O. A. Döhringen, 28. Okt.** (Leichenfund.) Beim Leeren der Grube des hiesigen Bahnhofsaborts wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Von der unnatürlichen Mutter hat man bis jetzt keine Spur.

**Wüppingen, 28. Okt.** (Arbeiterkündigung.) Die hiesige große Werkzeugmaschinenfabrik B. Schuler hat eine „L. Schuler-Beamtenkündigung“ gemacht. Beiden Kündigungen ist nunmehr die Regierungsgenehmigung erteilt worden.

**Wüppingen, 28. Okt.** (Ruhr.) Die Ruhr tritt hier seit einigen Wochen wieder in stärkerem Maße auf. Die beiden Töchter der Familie Dreißiger, 13 und 11 Jahre alt, sind fast gleichzeitig der tödlichen Krankheit erlegen.

**Schnaitheim a. Br., 28. Okt.** (Kriegerehrentmal.) Zu Ehren des Kriegerehrentmals veranstalteten der Liederkreis, der Kirchenchor und der Musikverein im Kirchsaal eine musikalische Aufführung, die dem Deutschlandfonds eine hübsche Summe zuführte. Der Grundstock beträgt nunmehr 6400 Mark.

**Tettung, 28. Okt.** (Vom Auto überfahren.) Auf der Landstraße aus Oberdorf durch ein von hinten ansehendes Automobil unruhig. Der Fußmann, der vom Wagen sprang, geriet unter das Auto und wurde überfahren, so daß er sofort tot war.

worben waren. Genau so liegt es nach meiner Überzeugung auch in dem Fall, der uns hier beschäftigt, und es würde weder den Grundgesetzen der Gerechtigkeit noch denen der Menschlichkeit entsprechen, wenn Sie den Angeklagten nur um deswillen härter bestrafen wollten, weil er Ihnen verschwiegen hat, was es selbst nicht weiß. Seine Auffassung von den Pflichten der Dankbarkeit mag ja eine törichte und falsche sein — ich selbst habe mich noch soeben bemüht, ihn in seinem eigenen Interesse davon zu überzeugen — aber schließlich können wir in der Beharrlichkeit, mit der er daran festhält, doch nicht den Ausfluß einer ehrlösen Gesinnung sehen, die ihn jeglichen Mitleids berauben mußte. Ich fasse also meine Ausführungen noch einmal dahin zusammen, daß wir es in dem Angeklagten Burkhardt mit einem Unglücklichen und Verführten zu tun haben, der auch unter einer verhältnismäßig milden Strafe vielleicht schwerer leiden wird, als er es verdient hat. Wenn es jemals angezeigt war, einem Angeklagten die Wohlthat mildernder Umstände zuteil werden zu lassen, so ist es das in dem vorliegenden Fall. Das Zuchthaus würde für meinen Klienten nichts anderes bedeuten als den sicheren Tod — und eines todeswürdigen Verbrechens werden Sie ihn doch wohl nicht schuldig sprechen wollen.

Namentlich diese letzte Wendung hatte unerkennbar Eindruck im Zuschauerkreis wie auf den Geschworenenbanken gemacht; denn im Saale wurde etwas wie ein beifälliges Gemurmel vernommen, das den Präsidenten zu einer strengen Rüge veranlaßte.

Der Staatsanwalt bemühte sich, durch eine kurze Replik den Eindruck abzuschwächen. Der Angeklagte selbst oder er hätte auf die vorgeschriebene Frage des Präsidenten mit leiser, nie von Keinen erhörter Stimme, daß er den Ausführungen seines Verteidigers nichts hinzuzusetzen habe.

Dann erfolgte die Rechtsbelehrung der Geschworenen und die Formulierung der beiden ihnen vorzulegenden Fragen lautend, ob der Angeklagte Ernst Burkhardt des Verbrechens des Münzvertrages schuldig und ob ihm mildernde Umstände zuzuschreiben seien.

Die Jury zog sich zur Beratung zurück, und es verstrich etwa eine halbe Stunde, ehe sie den Saal wieder betrat. Der Präsident erteilte den Auftrag zur Wiedereröffnung des Angeklagten, und der Obmann verlas mit feierlich erhobener Stimme das Verdikt:

„Auf Ehre und Gewissen bezeuge ich als den Sprach der Geschworenen: Ja der Angeklagte des vollendeten Münzvertrages

**Unsere heimkehrenden Kriegsgefangenen.**

Wirkommen auf der feinen Heimkehr, Euch leuchtet wieder traute Herdesflammen! Doch wie ich sprach' das Wörtchen „Heimat“ nur, stürzt tiefster Schmerz die Seele mir zusammen. Mir ist's, als ob vom Herzen her das Blut Im kalten Schauer sich noch außen löste: Ist's noch die Heimat mit dem starken Wirt, Voll Kraft und Glanz und mit der starken Wehre? Verbotnen liegt hier alles und zertrübt, Nun gilt's, das Rest zu bauen und zu richten! Ihr wißt, wie's draußen in der Fremde bracht, Drum seid Ihr zu dem Werke wohl die Richten. Ihr habt der grimmigen Bohheit g'gen Jahn In Feindes Fesseln grausam hart empfunden; Ihr wisset in der Fremde von dem Wahn Der „Völkerverliebt“ ach so schnell gefunden. Ihr wißt nun, Brüder, wohl zu allererst Zu weiten fremder Heuchelei Gebärde! Nur wer sich wehrt halt hält und stark und fest, Hat hier ein Recht zu leben auf der Erde! Nun heißt die alte Heimat neu erbaun Auf sicherem Fels, der Stürmen darf begegnen; Und doch wir glücklichere Zeiten schaun Im Vaterland, das mag der Himmel segnen! Aus dem Kladderadatsch.

**Bermischtes.**

**Bejuch in Amerongen.** Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ reiste Prinz August Wilhelm von Preußen am 28. Oktober wieder aus Amerongen ab. Am 27. Oktober traf ein anderer Prinz zum Besuch seiner Eltern in Amerongen ein.

**Landauenthalt für Stadtkinder.** Die durch Vermittlung des Vereins „Landauenthalt für Stadtkinder“ in ländlichen Familien aufgenommenen Stadtkinder sind in den letzten Tagen wieder größtenteils in die Heimat verbracht worden. Auch heuer war die Zahl der jungen Pflegerlinge sehr groß; eine genaue Uebersicht ist für das Jahr 1919 noch nicht aufgestellt. Dagegen ist der Geschäftsbericht für das Jahr 1917, dem zweiten Jahr der Tätigkeit des Vereins erschienen. Darnach sind im Jahr 1917 271 666 (1916 495 261) Stadtkinder im Reich allein durch den Verein auf dem Lande auf längere Zeit untergebracht worden, wovon auf Preußen 194 678 entfallen. Obenan steht, wie 1916, die Provinz Ostpreußen, die 37 850 Kinder, meist aus Berlin und den Industriegebieten des Westens aufgenommen hat. Bayern hatte 20 300 Kinder versorgt. Die Aufenthaltsdauer betrug durchschnittlich 3 Monate, in Posen bis zu 6 Monaten und darüber. Der Rückgang gegen 1916 ist teils in den zunehmenden Ernährungsschwierigkeiten auf dem Lande selbst, teils in der Erörterung der ländlichen Bevölkerung über die Strafs, die sich in Mangel an Kohlen und Kündigungen u. a. fühlbar machten, begründet.

**Verdoppelung des Aktienkapitals.** Die Köln-Rottweiler Pulver A.-G. und die Rheinisch-westfälische Sprengstoff A.-G. verdoppeln ihre Aktienkapitalien. Den Aktionären der Köln-Rottweiler A.-G. werden 33 Millionen Mark neue Aktien zu 110 Prozent und den Aktionären der Rheinisch-Siegener Gruppe 13 600 000 Mark zu 110 Prozent angeboten. Auch die Dynamit A.-G. in Hamburg, welche mit vorstehenden Gesellschaften bis 1950 kartelliert ist, wird diese Woche einen ähnlichen Beschluß fassen. Die neuen Mittel sind zur Durchführung des Umstellungsprogramms nötig.

„Ist mein Münzvertrages schuldig? — Ja — mit mehr als sieben Stimmen. — Sind mildernde Umstände vorhanden? — Ja — mit mehr als sieben Stimmen.“

Der Staatsanwalt erhob sich sofort, um eine Gefängnisstrafe von drei Jahren zu beantragen. Der Verteidiger plädierte für ein niedrigeres Strafmaß, und der zu einer letzten Konfession aufgeforderte Angeklagte sagte:

„Welche Strafe auch immer über mich verhängt werden mag, ich werde sie als die verdiente Sühne meines Verschuldens hinnehmen und werde wenn ich sie überstehe, durch ein Leben fröhlicher Arbeit gutzumachen suchen, was ich verbrochen.“

Die Beratung des Gerichtshofes war nur von kurzer Dauer. Und das Urteil fiel milder aus, als man es im Auditorium erwartet haben mochte. Der Angeklagte wurde auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die gleiche Zeitdauer verurteilt. „Was haben Sie darauf zu sagen, Burkhardt?“ fragte der Präsident.

Der Verurteilte erwiderte in seiner bescheidenen, demütig ergebenden Art:

„Ich nehme die Strafe an und bitte, sie so leicht antreten zu dürfen. — Wenn es mir aber vergönnt wäre, noch eine Bitte auszusprechen —“

Der Vorsitzende, der die ganze Verhandlung mit großer Güte und Menschenfreundlichkeit geleitet hatte, machte ihm ein Zeichen fortzufahren.

„Ich habe meine — meinen Sohn vorher im Zuchthausroman gesehen. Und wenn er noch hier anwesend ist, möchte ich um die Vergünstigung bitten, ihn auf wenige Minuten zu sprechen.“

Der Präsident wandte sich an den etwas verdrießlich dreinschauenden öffentlichen Ankläger, der eben seine Akten zusammenlegte.

„Haben Sie gegen die Erfüllung dieses Wunsches etwas einzuwenden, Herr Staatsanwalt?“

Der Gefragte verbeugte sich.

„Ich überlasse die Entscheidung oder Ablehnung ganz dem Ermessen des Herrn Präsidenten.“

„Gerichtsdienet — führen Sie den Verurteilten in das Zimmer der Angeklagten zurück und lassen Sie seinen Sohn auf. — Es wird Ihnen eine Unterredung von zehn Minuten gestattet. Aber Sie werden dabei zugegen bleiben und Sorge tragen, daß nichts Ungehöriges geschieht. — Die Sitzung ist geschlossen.“

Fortsetzung folgt.



**Mühlenbrand.** In Ettlingen in Baden ist in der Nacht zum Dienstag die große Kunstmühle von Deubel und Sohn mit großen Borräten an Getreide vollständig niedergebrannt. Glücklicherweise gelang es, das Hauptgetreidelager zu retten.

**Kartoffelfreit.** Nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ hat in allen drei hessischen Provinzen ein Streik der Bauern begonnen, sie wolle keine Kartoffeln mehr abliefern.

**Die Bibel in 33 neuen Sprachen.** Die die Deutsche Bibelgesellschaft mitteilt, ist die Heilige Schrift während des Krieges in 33 neuen Sprachen veröffentlicht worden. 6 dieser Dialekte, in denen nunmehr die Bibel gelesen werden kann, sind Kongo, Kono, Donga, Fula, Abamawa, Dewahli, Rufingju. Kongo ist die Sprache eines Stammes in Nord-Rhodesien. Kono wird von etwa 50 000 Negern in dem „Eisenbahngebiet“ von Sierra Leone gesprochen. Donga ist der Dialekt der Jankun, eines afrikanischen Stammes, der in dem Tal des Senegal-Flusses wohnt. Fula, ebenfalls eine Sprache, in der die Bibel erschienen ist, wird von zahlreichen Nomadenstämmen gesprochen, die ein weites Gebiet am Senegal in der Nähe von Darfur bewohnen. Abamawa ist wieder ein Dialekt der Fula-Sprache. Im Dewahli verständigen sich die Babel, ein Stamm von etwa einer Million Köpfe, der zwischen den Hügeln und Dschungeln von Kaputana und Gujarat wohnt. Rufingju wird von den Daka gesprochen, einem Volk von 15 Millionen im Süden Chinas.

**Nickelstrebungen von Sticksstoff, Kupfer, Quecksilber usw.** aus den Fabriken in Wittenberg durch Berliner Schieber mit Hilfe von Bahnarbeitern sind festgestellt worden. Es handelt sich um etwa 50 Eisenbahnwagen.

**Eine Grube eröffnet.** Durch lebhafte Bergbewegung ist auf der Grube „Graf Franz“ in Ruda (Obereschlesien) ein Durchbruch der Grubenwasser erfolgt und die Grube eröffnet. Die Wiederherstellungsarbeiten sind im Gang. Von der Belegschaft ist niemand zu Schaden gekommen.

**Der „Hofnarr“.** In Berlin-Dahlemersee tat eine Frau Salomon ein neues Verlagsgeschäft auf, das sie „Eulen-Verlag“ nannte. Der Ehemann figurierte als „Geschäftsführer“. Der Zweck des Verlags war nach der Ankündigung die Herausgabe eines monarchistischen Witzblatts „Der Hofnarr“, für das in Kreisen der Rechtsparteien tatsächlich rund 20 000 Abonnenten gesammelt wurden. Als der „Hofnarr“ eben gar nicht erscheinen wollte, erhalteten einige der geprellten Abonnenten Anzeige. Von den 150 000 Mark Bestellschulden fand die Polizei in den Wohnräumen des Ehepaars noch 1200 Mark vor. Die Schwindler wurden mit samt dem angeblichen Schriftleiter Markus verhaftet.

**Der verantriebte Schatz.** Wie aus Wien gemeldet wird, werden in der ehemaligen kaiserlichen Schatzkammer in der Hofburg eine große Zahl der wertvollsten Gegenstände vermischt, darunter der berühmte „Florentiner“, einer der größten Diamanten der Welt (139,5 Karat). Wohin die Kleinodien gekommen sind, ist noch nicht aufgeklärt, es ist nicht ausgeschlossen, daß der frühere Kaiser Karl den Familienschmuck der Habsburger bei seiner Abreise in die Schweiz mit sich genommen hat. Die Regierung scheint durch den beabsichtigten Verkauf der Reichskleinodien auf das Fehlen der Wertgegenstände zu sein.

**Der frühere Erzherzog Franz Salvator,** der Schwiegerjohn des Kaisers Franz Joseph, seine Söhne und fast alle Mitglieder des Zweiges Toskana haben die Erklärung abgegeben, daß sie auf die Mitgliedschaft zum Hause Habsburg und auf alle hieraus zu folgernden Rechtsansprüche verzichten.

**Not in Innsbruck.** Seit Montag, den 20. Okt., sind in Innsbruck keine Brot- und Mehlrationen zur Verteilung gelangt, so daß sich die Bevölkerung in größter Notlage befindet.

### Legte Nachrichten.

**W.B. Innsbruck, 29. Okt.** Wegen vollständiger Erschöpfung der Kohlenvorräte wurde im Bereich der Staatsbahndirektion Innsbruck die Einstellung sämtlicher Personenzüge sowie des gesamten Güterverkehrs, ausgenommen die Lebensmittelbeförderung, bis zum 1. Nov. verfügt.

**W.B. St. Jürgens, 29. Okt.** In den Pflanzlichen Pulverfabriken explodierten gestern unter heftiger Detonation zwei Schwarzpulvermühlen. Vier Personen wurden getötet.

**W.B. Bern, 29. Oktober.** Die Einstellung des Güterverkehrs zwischen Gstaad-Lozringen und der Schweiz ist laut Genfer „Zeitung“ durch die unruhigen Verhältnisse in Gstaad-Lozringen notwendig geworden. Die eifrige Bevölkerung ist besonders deswegen erregt, weil Frankreich Aufschlepppersonal geschickt hat, das nicht einmal die deutsche Sprache beherrscht. Die Eisenbahner, die nach ihrem letzten Streik die Arbeit wieder aufnehmen mußten, ohne die volle Erfüllung ihrer Forderungen erreicht zu haben, rächen sich nun dadurch, daß sie den Verkehr sabotieren. Das gleiche tut das Personal der Rheinschiffahrt. Die Behörden haben daher die Schweiz ersucht, ihre Weren über französische Gebiete anzusetzen.

**W.B. Kaiserslautern, 29. Okt.** Nach einer Bekanntmachung des Oberbefehlshabers der Rheinarmee wurde der Stadt Kaiserslautern anlässlich der Vorfälle, die sich am 8. September dort abspielten, eine Geldstrafe von 60 000 Mark auferlegt, weil sie den Aufbruch nicht vor-

ausgab und durch ihre eigene Mittel nicht zu unterdrücken vermochte.

**W.B. Berlin, 29. Okt.** Der der Nationalversammlung zugewandene Reichsanzuggesetz für 1919 enthält einen neuen **Kreditanspruch von 8 187 Millionen Mark.** Fast alle Ministerien haben erhöhte Ausgaben. Aus den gesamten Neuforderungen ergibt sich ein Anleihebedarf von 40,6 Milliarden. Davon sind auf gesetzgeberischem Wege bereits für 32,4 Milliarden Kreditermächtigungen erteilt worden.

**W.B. Berlin, 29. Okt.** Auf dem in Nürnberg abgehaltenen Landesparteitag der bayerischen Unabhängigen wurde mit 66 gegen 63 Stimmen der Anschluß an die dritte Internationalen in Moskau beschlossen.

**Berlin, 29. Okt.** Laut „Veil. Tageblatt“ ist in dem **Büchsen des Abg. Haase** gestern im Laufe des Nachmittags und des Abends keine wesentliche Veränderung eingetreten. Die sehr bedeutende Schwäche des Pulvers dauert bei mittlerer Fieberhöhe an. Der Verlauf der Krise läßt sich jedoch noch nicht voraussagen. Die Lebensgefahr besteht jedenfalls in erhöhtem Maße weiter fort.

**Berlin, 29. Okt.** Einer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger“ aus Jülich zufolge wurde endgültig die **Kommission zur Räumung der baltischen Provinzen** bestimmt. Dieselbe hält sich vorübergehend in Berlin auf, um dort Einsicht in die offiziellen Dokumente über die von der deutschen Regierung an den General v. d. Solg und die deutschen Truppen erlassenen Befehle zu nehmen.

**W.B. Berlin, 29. Okt.** In der Repts. lit Polen ist, wie der Berl. Lokalanzeiger, **die Pflanzstoffe eingeführt** worden.

**W.B. Berlin, 28. Okt.** Die Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften über Fleischwirtschaft haben namentlich in Gestalt von sogenannten Schwarzschlachtungen einen Umfang angenommen, der die Fleischversorgung der Gesamtbevölkerung aufs schwerste gefährdet. Der Reichswirtschaftsminister hat deshalb durch Verordnung vom 28. Okt. 1919 bestimmt, daß in allen Fällen verbotener Schlachtung auf **Gefängnis und Geldstrafe** nebereinander, nicht mehr wie bisher nur wahlweise auf die eine oder andere Strafe zu erkennen ist. Dergleichen ist in der Verordnung über Fleischversorgung vom 27. März 1916 für alle strafbaren Tatbestände das Strafmaß in Anlehnung an die übrigen Vorschriften auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft auf **Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10 000 Mk.** oder einer dieser Strafen erhöht und den Gerichtes die Einziehungsbefugnis gegeben worden.

Druck und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.  
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Baur

## Gewerbe-Verein Altensteig

1869

50

1919

Am Sonntag, den 2. Nov., nachm. 1/4 4 Uhr  
findet im Gasthaus zum Stern hier die

### General-Versammlung

statt, zu welcher wir unsere hiesigen und auswärtigen Mitglieder, **unter Hinweis auf das 50 jährige Bestehen unseres Vereins,** mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung freundlichst einladen.

#### Der Ausschuß.

#### Tagesordnung:

1. Kassenbericht, sowie Bericht über das letzte Vereinsjahr.
2. **Rückblick auf die Tätigkeit des Gewerbevereins während seines 50 jährigen Bestehens.**
3. Entgegennahme von Anträgen und Wünschen.
4. Verkauf alter Zeitschriften.

Zweckenberg.

Eine gut erhaltene

### Baumühle

verkauft

Schultheiß Wolf.

### Fußschweiß

in Milch, nasse Füße, welche Haut und Wundlaufen, zerstört teure Strümpf und Schuh und verbreitet nicht. Abl. Gesund. Drum fort damit! Sanitas-Fußschweiß verhilft jede Schweißfüße, trocken, wärmt, kühlt, Strümpf u. Fußsohl. u. ist eine Wohltat u. Erleichterung f. Jedermann. 1 Flasche 4.90, 3 Flaschen 12.— Mark. Sanitas-Verlag Heidelberg. 1116.

Gefördert:

Oberthalheim: Gustav Abe, Postbote, 44 1/2 J.  
Freudenstadt: Friedrich Ranke, Lehrer, 60 Jahre alt.

### Ia. holländisches Leinöl und Leinöl-Firnis

famillie feinfertige  
Delfarben und Lacke  
für Innen- u. Außen-Anstriche

### Ia. Fußbodenlacke u. Farben in Kilo-Dosen

Ia. Bodenwachs  
weiß und gelb  
per Pfd.-Dose Mk. 5.50

Ia. Bodenöl  
per Liter 2.50 und 3.50 Mk.

### Ia. Möbelleck, Mattierungen und Polituren

empfehlen in Friedensqualität  
jedes Quantum u. äußerst preiswert

**R. Ungerer, Nagold.**

Altensteig.

Von einer frischen Sendung in

### Korbwaren

empfehle ich viele reizende Neuheiten



in großer, schöner Auswahl  
sehr billig

- Waschkörbe, oval und viereckig
- Strick-Körbe.
- Näh- . . . mit und ohne Deckel
- Wand- . . .
- Arbeits- . . .
- Blumen- . . .
- Brot- . . .
- Besteck- . . .
- Papier- . . .
- Reise- . . .
- Arm- . . . mit 1 und 2 Deckel

Handkörbchen, aus Stroh, Eichen,  
Palm und Weiden in verschiedenen  
Größen und den neuesten Fassons

Marktkörbe (Holländer)

Spandkörbe, bunt bemalt und weiß  
bemalt (sogenannte Bauernkörbe)

Kinderkörbchen  
Handkörbchen  
Waschversandkörbe

außerdem:

Körbe für landwirtschaftlichen Bedarf  
in allen Größen

**C. W. Luz Nachf.**  
Freih. Bühler jr.

Marie Ziefle

Hans Pfeifle

Verlobte

Hochdorf, Oktober 1919.

### Tüchtige

## Bau- und Möbelschreiner

sucht zu sofortigem Eintritt

Hugo Müller, mech. Schreinerei, Baden-Baden  
Stefanienstraße 23.

### Bergament-Därme

empfehlen die

W. Kieker'sche Buchhandlung.

Infolge Verheiratung meines seit-  
herigen Mädchens, wird ein fleißiges,  
eheliches

### Mädchen

für Küche und Haushalt gesucht,  
welches an dauernder Stellung ge-  
legen ist.

Frau Rudolf Böcking  
Böckmühle, Post Altensteig.

### Droginal- Bonbons

schützen vor Husten, Heiserkeit  
Erkrankung der Atmungsorgane  
zu haben

### Schwarzwald-Drogerie

+ Altensteig +  
— Telefon 41 —